



Update 8/2019 vom 28.06.2019

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

am Ende der aktuellen Sitzungswoche informiere ich Euch wie immer über meine Arbeit im Bundestag. Derzeit liegt mir aber noch ein anderes Thema auf dem Herzen, der Mord an Walter Lübcke. Es handelt sich um ein abscheuliches Verbrechen, das großes Leid für seine Familie und Freunde gebracht hat. Das ist schlimm genug. Aber es ist auch ein politischer Mord, es ist ein direkter Angriff auf unsere Demokratie und damit auf uns alle.

Gewalt fängt mit dem Wort an. Wir dürfen uns an die kalkulierten Tabubrüche in den sozialen Medien und auf der Straße nicht gewöhnen. Alle Demokraten sind aufgerufen, sich zu wehren und zu widersprechen, jeden Tag an jedem Ort, überall dort, wo Rechtspopulisten und Rechtsradikale andere Menschen angreifen und unsere Demokratie attackieren!

Am Mittwoch hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat ebenfalls noch mal darauf hingewiesen, dass wir uns mit aller Kraft solchen Tendenzen entgegenstellen müssen. Und er hat sich erschüttert gezeigt über die Abgründe an Hass und Häme, die sich inzwischen inmitten unserer Gesellschaft Bahn brechen – nicht nur im Fall Walter Lübcke, sondern beispielsweise auch gegenüber den Menschen, die sich in Deutschland jeden Tag vor Ort demokratisch engagieren.

Die Rede des Bundestagspräsidenten fand den Applaus des gesamten Plenums – mit Ausnahme der AfD. Als doch einige AfDler zu applaudieren wagten, schritt AfD-Frontfrau Weidel ein und sorgte dafür, dass sie verstummen. Man sieht hier einmal mehr, wes Geistes Kind die AfD ist.

Reform der Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber verpflichtet, die Grundsteuer bis Ende des Jahres neu zu regeln, weil derzeit viele Grundstücke zu hoch oder zu niedrig bewertet werden. Am vergangenen Donnerstag haben wir uns im Bundestag in erster Lesung mit den Gesetzentwürfen befasst, die wir nach mühsamen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner und den Bundesländern diese Woche endlich in den Bundestag einbringen konnten. Die neuen Grundsteuerregelungen werden erstmals im Jahr 2025 angewendet.



Wir reformieren die Grundsteuer und sichern die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Am 27.6. habe ich zur Reform der Grundsteuer im Bundestag gesprochen. Die ganze Rede gibt es hier: → <https://dbtq.tv/fvid/7367073>

Damit setzen wir um, woran sämtliche Vorgängerregierungen gescheitert sind: Wir reformieren die Grundsteuer und machen sie verfassungsfest. Damit sichern wir die finanzielle Basis der Kommunen und die kommunale Demokratie. Das ist eine notwendige Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland.

Wir haben erreicht, dass es auf Bundesebene weiterhin eine wertbasierte – und damit gerechte – Steuer geben wird: Für ein Penthouse im Zentrum muss eine höhere Steuer fällig werden als für eine Doppelhaushälfte am Stadtrand. Zugleich werden wir Mieterinnen und Mieter vor zusätzlichen Belastungen schützen, auch wenn es Veränderungen im Einzelfall geben wird. Die Länder werden die Möglichkeit erhalten, von der Bundesebene abweichende Regelungen zu erlassen. Bayern hat angekündigt, das tun zu wollen. Das Einfach-ungerecht-Modell der CSU lehnen wir ab. Alles Weitere in meiner Rede. Die ganze Rede gibt es online:

→ <https://dbtg.tv/fvid/7367073>

Bessere Bezahlung in der Pflege



Wer krank oder pflegebedürftig wird, muss gut versorgt sein. Pflegerinnen und Pfleger müssen die Wertschätzung erhalten, die sie für ihre harte Arbeit und große Verantwortung verdienen. Und zwar nicht nur in Form warmer Worte, sondern mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen! Dafür werden wir die gesetzlichen Vo-

oraussetzungen schaffen. Arbeitsminister Hubertus Heil hat dazu diese Woche einen Gesetzentwurf ins Kabinett gebracht.

Rede zur Wohngeldreform: Mehr Wohngeld – mehr Gerechtigkeit



Bei meiner Rede zur Wohngeldreform am 28. Juni. Das neue Wohngeld trägt die Handschrift der SPD. Alles Weitere in meiner Rede: → <https://dbtg.tv/fvid/7368201>

Am heutigen Freitag haben wir das Wohngeldstärkungsgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ab 2020 werden mehr Haushalte mehr Wohngeld erhalten. Davon profitieren 660.000 Menschen in unserem Land. Mit einer Dynamisierung wird das Wohngeld alle zwei Jahre an die Miet- und Einkommensentwicklung automatisch angepasst. Das ist ein echter sozialpolitischer Fortschritt. Im Durchschnitt erhöht sich das Wohngeld um ca. 30 Prozent. Die Höchstbeträge, bis zu denen die Miete beim Wohngeld im Kreis Warendorf erstattet werden kann, erhöhen sich um mehr als acht Prozent.

Unser Ziel ist klar: mehr bezahlbarer Wohnraum muss her. Dafür brauchen wir ein Zusammenspiel aus mehr Investitionen, sozialem Wohnungsbau



Besuch aus Frankreich: Am Montag besuchte mich eine Delegation französischer Kommunalpolitikerinnen und -politiker im Bundestag. Wir haben uns insbesondere darüber ausgetauscht, wie unterschiedlich Planungsprozesse in Deutschland und Frankreich ablaufen. Ich habe daran erinnert, dass wir Deutschen es nicht zuletzt der Unterstützung der Franzosen zu verdanken haben, dass wir heute in einem vereinten Deutschland leben.

und zielgenauen Änderungen im Mietrecht und in der Sozialpolitik. Das Wohngeld erfüllt eine entscheidende sozialpolitische Funktion, die wir dadurch stärken.

Im Koalitionsvertrag hat sich die SPD erfolgreich für den Ausbau und die Verbesserung des Wohngeldes eingesetzt. Wir wollen Wohngeldempfänger besser unterstützen und die Zahl der Geförderten erhöhen. Deshalb haben wir die Dynamisierung, die Erhöhung des Leistungsniveaus und eine neue Mietstufe VII durchgesetzt. Die neue Mietstufe trägt der starken Unterschiedlichkeit des Mietniveaus innerhalb Deutschlands Rechnung. Mietstufe VII erhalten nun Kreise und Gemeinden mit einer Abweichung des Mietniveaus von 35 Prozent und höher gegenüber dem Bundesdurchschnitt.



Im parlamentarischen Verfahren wird sich die SPD-Bundestagsfraktion außerdem für eine Klimakomponente im Wohngeld einsetzen. Damit soll der Zugang zu Wohnungen mit höherem energetischem Standard für einkommensschwächere Haushalte unterstützt werden. Das Gesetz soll im Herbst abschließend im Deutschen Bundestag beraten werden und 2020 in Kraft treten. Alles Weitere in meiner Rede:

→ <https://dbtg.tv/fvid/7368201>

AG Kommunalpolitik

Am Donnerstag haben wir in der AG Kommunalpolitik über das KfW-Kommunalpanel 2019 diskutiert, das im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erstellt wurde. Das KfW-Kommunalpanel beruht auf einer Befragung der Kämmergeien in Städten und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie allen Landkreisen. Im Mittelpunkt der Befragung stehen Aspekte zur Finanzlage, Investitionstätigkeit und Finanzierung der Kommunen.

Wesentliche Ergebnisse: Obwohl sich die Finanzlage der Kommunen in den letzten Jahren insgesamt deutlich gebessert hat, gibt es immer noch viel zu viele Kommunen, die massive Finanzprob-

leme haben. Regionale Unterschiede verschwinden also nicht von allein. Zudem wird deutlich, dass die Kommunen insgesamt zu wenig investieren. Der kommunale Investitionsrückstand liegt inzwischen bei rund 140 Milliarden Euro. Fazit: Alle föderalen Ebenen sind gefordert, um die kommunalen Finanzen in Deutschland zu verbessern.

Haushalt 2020

Diese Woche hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für 2020 gebilligt. Sozial gerechte Haushaltspolitik investiert in die Zukunft und den Zusammenhalt in unserem Land. Mit dem Bundeshaushalt 2020 und dem Finanzplan bis 2023 setzen wir das in die Tat um.



Wir modernisieren unsere Infrastruktur, stärken Innovationen und sichern so den Wohlstand von morgen. Zum Beispiel den klimafreundlichen Schienenverkehr, den Breitbandausbau und die Digitalisierung unserer Schulen. Knapp 100 Mrd. Euro investieren wir in den nächsten vier Jahren in Bildung und Forschung. Wir stärken Familien, indem wir das Kindergeld erhöhen und gute und kostenfreie Betreuung bereitstellen. Jeweils 1 Mrd. Euro stellen wir 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau bereit und erhöhen die Mittel für Wohngeld im neuen Finanzplan um mehr als eine halbe Milliarde Euro. Wir unterstützen den Strukturwandel in den Braunkohleregionen und verstärken die Anstrengungen beim Klimaschutz.

Mindestlohn für Azubis

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Deshalb hat die SPD eine Mindestvergütung für Azubis in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. In dieser Woche wurde der Gesetzentwurf erstmals im Bundestag beraten.



Der neue Azubi-Mindestlohn wird im Verlauf der Ausbildung Schritt für Schritt ansteigen und zudem bis 2023 jährlich nach oben angepasst. Wir stellen damit sicher, dass junge Menschen in Ausbildung nicht schlechter dastehen, als diejenigen, die einen anderen Bildungsweg gehen.

Rede zu gleichwertigen Lebensverhältnissen



Bei meiner Rede zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse am 28. Juni 2019. Die ganze Rede gibt es online: → <https://dbtg.tv/fvid/7368247>

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Deutschland ist eine der wichtigsten Aufgaben der Koalition. Dafür entscheidend sind lebenswerte Städte und Gemeinden. Mit zahlreichen Maßnahmen – von der Ausstattung der Feuerwehr bis zum ÖPNV – wollen wir dafür sorgen, dass es überall in Deutschland die Voraussetzungen für ein lebenswertes Zuhause gibt. Die ganze Rede gibt es online:

→ <https://dbtg.tv/fvid/7368247>



Mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Florian Pronold, am 25.6. in der AG Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen im Bundestag. Gemeinsam haben wir diskutiert, wie wir unsere Klimaschutzziele im Gebäudebereich erfüllen können.



Katrin Brand (3.v.r.), langjährige Leiterin des WDR-Hörfunks im ARD-Hauptstadtstudio, wechselt ins ARD-Studio nach Washington – ich habe am vergangenen Donnerstag an ihrer Verabschiedung teilgenommen. Ich wünsche ihr alles Gute und viel Erfolg in Übersee! Gleichzeitig durfte ich die neue Leiterin des Hörfunkstudios, Sabine Henkel (4.v.l.), kennenlernen – ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Praktikant aus dem Wahlkreis

„Mein Name ist Volkan, ich bin 21 Jahre alt, studiere VWL im 2. Semester und mache zurzeit in meinen Semesterferien ein vierwöchiges Praktikum bei Bernhard. Bereits letztes Jahr habe ich ein einwöchiges Praktikum bei Bernhard gemacht, was mir sehr gefallen hatte. Mir wurde sofort klar, dass ich erneut ein Praktikum bei ihm machen will, jedoch für einen längeren Zeitraum, was jetzt der Fall ist.“



Mit Volkan am 28. Juni im Bundestag.

Nun sind bereits 2 Wochen vergangen und in dieser Zeit habe ich unglaublich viel Spannendes erlebt: Die Grundsteuer ist hochaktuell und ein sehr Streitiges Thema. Aber auch die Organspende stand zum Beispiel auf der Tagesordnung. Ich konnte dabei Bernhard durch Recherchearbeiten unterstützen und auch an der Öffentlichkeitsarbeit mitwirken. Darüber hinaus durfte ich ihn zu seinen Terminen wie z.B. in die Arbeitsgruppe Finanzen oder in die Finanzausschusssitzung begleiten, wo viele interessante aber auch komplexe Themen ausdiskutiert wurden. Nebenbei habe ich beobachtet, wie leidenschaftlich ein Bundestagsabgeordneter sein kann und jeden Tag aufs Neue seine Grenzen überschreitet, was sehr inspirierend wirkt.

Das absolute Highlight war das Hoffest unserer Partei, wo alle Minister, Abgeordneten, Mitarbeiter, Praktikanten & Co zusammen gefeiert haben. Da konnte man wieder mal die familiäre Stimmung unserer SPD abseits der ganzen vergangenen Konflikte spüren.“

Der Bundestag geht in die Sommerpause, im Herbst geht der Parlamentsbetrieb weiter. Trotzdem sind wir auch in den kommenden Wochen für Euch da. Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer

Bundesrat Jalsow